



# RUNDBRIEF 1/2021

## SUDAN/SÜDSUDAN

KOORDINATIONSGRUPPE 2054  
SUDAN/SÜDSUDAN

**AMNESTY**  
INTERNATIONAL



# INHALT

<b>EINLEITUNG</b>	<b>3</b>
<b><u>Sudan:</u></b>	
Entwicklungen seit Dezember 2020:	4
Darfur	4
Todesstrafe	8
Frauenrechte	8
<b><u>Südsudan:</u></b>	
Entwicklungen seit Januar 2021:	9
Neuer Amnesty- Bericht: Überwachung durch Nationalen Sicherheitsdienst erzeugt Klima der Angst	9
Regierung des Südsudan billigt Kriegsverbrechergericht	10
UN-Menschenrechtsrat erneuert Mandat der Menschenrechtskommission	11
UN-Sicherheitsrat verlängert Waffenembargo gegen den Südsudan	15
Todesstrafe	15

Berichtszeitraum: Januar – Juni 2021

Cover illustration: A South Sudanese journalist trying to tweet a news item as he is under surveillance and threatened by the South Sudan National Security Service and other security services. © Anonymous artist

**AMNESTY INTERNATIONAL** Deutschland e. V.  
Koordinationsgruppe Sudan/Südsudan  
Martina Liedke  
E: [info@amnesty-sudan.de](mailto:info@amnesty-sudan.de) . W: [www.amnesty-zentral-ostafrika.de](http://www.amnesty-zentral-ostafrika.de)

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC: BFS WDE 33XXX

## EINLEITUNG

Im Sudan und Südsudan kam es im ersten Halbjahr 2021 weiterhin zu schweren Menschenrechtsverletzungen.

Im **Sudan** hat sich die Situation nach Abschluss des Friedensabkommens mit mehreren Rebellengruppen in 2020 zwar etwas beruhigt, aber das Militär und die Sicherheitskräfte haben nach wie vor sehr viel Macht und es kommt immer wieder zu schweren Übergriffen auf die Zivilbevölkerung, besonders in Darfur und Südkordofan, wie im Januar in El Geneina in West-Darfur. Auch die berüchtigten RSF (Rapid Support Forces) waren immer wieder daran beteiligt. Hunderte starben und mehrere Hunderttausend wurden vertrieben auch in den Nachbarstaat Tschad. Überall im Land protestierten die Menschen gegen die unzureichende Sicherheitslage und forderten von der Übergangsregierung eine schnellere Reformierung des Sicherheitsapparates. Die humanitäre Situation ist mangelhaft, besonders auch in den Flüchtlingscamps. Momentan sind 5,4 Mio. Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Zum ersten Mal seit zehn Jahren sind Hilfslieferungen in die Nuba Berge in Südkordofan gelangt. Durch die mangelnde Hygienesituation hat sich auch die Verbreitung von Covid-19 erhöht. Besonders unzufrieden ist die Bevölkerung mit der schleppenden Umsetzung und Verbesserung von politischen und wirtschaftlichen Reformen. Die Inflationsrate lag Ende Juni bei über 300 % und die Menschen protestieren verstärkt gegen die immer weiter steigenden Preise. Viele Demonstrationen wurden von Polizei und Militär gewaltsam niedergeschlagen. Frauenrechtsorganisationen fordern weiterhin mehr Rechte für sich und ein Ende der sexualisierten Gewalt. Sowohl UN als auch NGOs warnen vor der weiteren Eskalation der Proteste im Sudan und schließen einen erneuten Bürgerkrieg nicht aus. Positiv zu bewerten ist, dass der Sudan in diesem Jahr die Antifolterkonvention und die Konvention gegen das Verschwindenlassen ratifizieren will. Weltbank, IWF, EU und weitere wichtige Geberländer haben sich im Juni darüber geeinigt, 50 Milliarden Dollar an Schulden für den Sudan zu erlassen.

Im **Südsudan** herrscht weiterhin totale Straflosigkeit und besonders der Nationale Sicherheitsdienst NSS verübt häufig Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung. In einem im Februar dieses Jahres veröffentlichten Bericht stellt Amnesty die Überwachung und Einschüchterung durch den NSS dar. Dabei agieren die Sicherheitskräfte völlig straffrei. Nach der Bildung eines neuen Kabinetts kam es bisher aber noch zu keiner Reformierung des Sicherheitsapparates oder des Justizsystems. Auch der Hybridcourt for South Sudan (HCSS) wurde noch nicht umgesetzt, obwohl dies jetzt immerhin angekündigt wurde. Ende Mai wurde das UN-Waffenembargo gegen den Südsudan um ein Jahr verlängert. Es gab in der Vergangenheit immer wieder Berichte darüber, dass das Embargo von Ländern verletzt wurde.

Extreme Gewalt und Angriffe, an denen Tausende von Kämpfern gleichzeitig beteiligt waren, haben mehr als drei Viertel des Südsudans überrollt. UN-Ermittler warnen, dass das Blutvergießen, mit dem die Zivilbevölkerung konfrontiert ist, das schlimmste ist, dass seit Beginn des Bürgerkriegs im Dezember 2013 aufgezeichnet wurde. Obwohl die Unterzeichnung des wiederbelebten Friedensabkommens vor zwei Jahren "zu einem Rückgang der Feindseligkeiten auf nationaler Ebene" geführt habe, habe das Land lokal "eine massive Eskalation der Gewalt" erlebt. Diese neue Welle der Gewalt hat verheerende Auswirkungen: Zehntausende wurden vertrieben und zahlreiche Frauen wurden sexuell missbraucht.

Ausschlaggebend für die allgemeine katastrophale politische Situation ist sicherlich auch die weltweit höchste Korruptionsrate.

In Südsudan sind wegen bewaffneter Auseinandersetzungen trotz eines Waffenstillstandes, aber politischer Instabilität, einer Wirtschaftskrise, der Heuschreckenplage in 2020, extreme Überschwemmungen und Corona rund zwei Drittel der gut 12 Millionen Einwohner auf humanitäre Hilfe angewiesen. Es droht erneut eine Hungersnot.

## Sudan

### Entwicklungen seit Dezember 2020

Am **10. Dezember** erscheint der Bericht *Painting the Rainbow: How LGBTI Freedom of Artistic Expression is Denied*, von „Freemuse“. Laut dem Bericht gibt es mindestens drei LGBTQ+Organisationen ( Lesbians, Gay, Bisexual, Transgender, Queer) im Sudan, die gezwungen sind im Verborgenen zu arbeiten. Es werden ihnen rechtlich immer wieder Hürden in den Weg gelegt, die eine langwierige Projektetablierung erschweren. Bis vergangenen Juni war Homosexualität mit der Todesstrafe versehen – eine Maßnahme, die unter der britischen Kolonialherrschaft eingeführt wurde. Aktuell kann man wegen Homosexualität mit Gefängnisstrafen bedacht werden. ( Radio Dabanga)

### Darfur

Am **1. Januar** ist der offizielle Start der neuen UN-Mission UNITAMS (United Nations integrated Transition Assistance in Sudan) für Darfur, die ihren Sitz allerdings in Khartoum hat. Leiter der Mission ist der deutsche Politologe Volker Perthes, der auch von den Vereinten Nationen zum Sonderbeauftragten für den Sudan ernannt wurde. UNITAMS ist zunächst auf ein Jahr befristet. (Aktuell Afrika)

Am **17. Januar** kommt es in einem Vertriebenenlager in al-Junaina in Darfur zu heftigen Kämpfen, bei denen 129 Menschen getötet und weitere 189 verletzt werden. Auslöser sei der Tod eines arabischen Menschen durch einen Angehörigen der ethnischen Gruppe der Massalit zwei Tage zuvor gewesen. Daraufhin hätten Milizen die Stadt angegriffen.

Zu weiteren Angriffen kommt es in den Krinding Camps in El Geneina, der Hauptstadt vom West Darfur State, bei dem mehr als 160 Menschen sterben – viele von ihnen gehörten den Massalit an – und 180.000 Menschen wurden vertrieben. Die Regierung in Khartoum sendete als Antwort auf das Geschehen mehr Sicherheitskräfte nach West Darfur. Amnesty International sprach mit Überlebenden. Es wurde berichtet, dass die Angreifer RSF-Uniformen sowie Uniformen der Armee aus dem Tschad, aber auch Zivilisten darunter waren. Das Juba Friedensabkommen vom Oktober 2020 hat den Schutz der Zivilbevölkerung leider nicht erhöht und die sudanesishe Regierung scheitert weiterhin daran. Wie erwartet, hat der verfrühte Rückzug der UNAMID-Truppen ein Sicherheitsvakuum in der Region hinterlassen. ( [Sudan: Angriffe auf Camps für Binnenvertriebene zeigen, dass UN-Friedenstruppen in Darfur weiterhin gebraucht werden – Regionalverbund Zentral-Ostafrika \(amnesty-zentral-ostafrika.de\)](#) )

Auch im Verlauf der nächsten Monate bleibt die Situation in Darfur angespannt. Die humanitäre Hilfe nimmt ab, es gibt Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung und es kommt wieder zu Gewaltausbrüchen. In einem Artikel des “New Humanitarian” stellt Ahmed Guma, ein Community Leader aus Hamidia eine

entscheidende Frage: "Die aktuelle Regierung besteht aus Menschen, die uns vertrieben haben. Wie können sie das Problem und gleichzeitig die Lösung sein?" Ehemalige militärische Unterstützer des Bashir-Regimes waren an den Friedensgesprächen in Juba beteiligt. Zwei wichtige Rebellenbewegungen, u.a. die Sudan Liberation Army-Abdul Wahid beteiligte sich aus diesem Misstrauen nicht an den Friedensgesprächen in Juba. Aber viele Menschen aus Darfur unterstützen die Bewegung, die die größte Streitkraft der Region darstellt.

Die Mehrzahl der Rebellengruppen hat das Friedensabkommen jedoch unterzeichnet und sieht positiv in die Zukunft. Was möglicherweise auch daran liegt, dass geplant ist, Soldaten der Rebellenarmeen ins sudanesisches Militär einzugliedern. Die Zivilbevölkerung in Darfur hat jedoch auch die Befürchtung, dass viele Rebellenführer v.a. auf eine gute politische Position hoffen und die Belange der einfachen Bevölkerung weiterhin keine tragende Rolle spielen wird. Aus diesen Befürchtungen heraus hat sich eine Initiative gebildet, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen möchte. Es wurde ein Fragebogen erstellt, der nach der Meinung der Menschen für die Gründe der Gewalt fragt und nach Lösungsansätzen.

Auch bleibt die Frage, was geschieht, wenn die einst Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren möchten, aber sich dort mittlerweile die Angreifer von damals angesiedelt haben. Geplant ist eine neue Schutzeinheit bestehend aus Rebellenkämpfern, sudanesischen Truppen und Mitgliedern der RSF. Diese wird schon jetzt nicht von allen Darfuris akzeptiert.

Was passiert mit den ehemaligen UNAMID-Standorten? Laut dem New Humanitarian gab die sudanesisches Regierung an, den Platz für Schulen oder Kliniken zu nutzen. Einige haben wohl auch die RSF übernommen, andere wurden geplündert.

Die lesenswerten Artikel: [The New Humanitarian | What Sudan's new peace deal means for Darfur](#) , [The New Humanitarian | UN peacekeeper pullout triggers security fears in Sudan's Darfur](#)

### Januar

Ende Januar gibt Premierminister Abdallah Hamdok bekannt, dass eine sudanesisches Kommission für Menschenrechte geformt werden soll. Die Aufgaben der zukünftigen Kommission sind die Involvierung von Zivilisten, welche Öffentlichkeitsarbeit zu Menschenrechten betreiben und die Berücksichtigung von Frauen, jungen Menschen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Vertriebenen, Flüchtlingen und der Zivilgesellschaft insgesamt. Weiterhin zählt auch die Koordinierung und Diskussion staatlicher Berichte zu internationalen und regionalen Mechanismen im Bereich der Menschenrechte zu den Aufgaben. ( Radio Dabanga)

Bei der **Bildung des Souveränen Rates, des Ministerrates, des Legislativrates und der Ernennung der Gouverneure** kommt es zu Verzögerungen. Die Nominierungsliste des Kabinetts liege dem Zentralrat der Kräfte für Freiheit und Wandel (FFC: central council of the forces of freedom and change) schon vor. Es seien auch Minister der National Umma Party darunter. Der prozentuale Frauenanteil der Liste liege nur bei 11 Prozent, was nicht der Vereinbarung von 40 Prozent entspricht. Bei einem Treffen des „Transitional Partners Council“ (TPC, Rat der Übergangspartner) wurde der 4. Februar als Stichtag für die Ernennung des Souveränen Rates und des Ministerrates festgelegt. Die Ernennung des Legislativrates soll Mitte Februar folgen.

Außerdem sollte die Konferenz zur Regierungsführung und Administration (governance and administration conference) innerhalb von sechs Monaten nach dem *Juba Peace Agreement* vom 3. Oktober 2020 stattfinden, was bisher noch aussteht. ( Radio Dabanga)

An der Grenze zu Äthiopien kommt es weiter zu Spannungen, so dass sudanesisches Soldaten dort stationiert werden. Am **15. Januar** wird die Grenzregion zur „No-Fly-Zone“ erklärt nachdem ein äthiopisches

Militärkampfflugzeug in den sudanesischen Luftraum vorgedrungen ist. Es finden erneut Gespräche den Great Ethiopian Renaissance Dam betreffend zwischen Sudan, Äthiopien und Ägypten unter der Schirmherrschaft der Afrikanischen Union statt. Der Staudamm soll im Juli gefüllt werden. Sudan fürchtet negative Auswirkungen auf das heimische Bewässerungssystem und Trinkwasser. (Radio Dabanga)

Mitte Januar kommt es zu weitverbreiteten Protesten der Zivilgesellschaft gegen illegale RSF-Detention Centers, die gewaltsam unter Einsatz von Tränengas von der Polizei aufgelöst werden.

### Februar

Die Minister\_innen wurden schließlich im **Februar** ernannt. Die Sprecherin des TPC und neue Außenministerin Dr. Maryam El Sadig El Mahdi lobte die neue Regierung als repräsentativ und reich an Erfahrung. Unter anderem ist Gibril Ibrahim, der Chef der ehemaligen darfurischen Rebellenorganisation JEM (Justice and Equality Movement), der neue Finanzminister. Sie selbst ist zuvor Vize-Chefin der Ummah-Partei gewesen.

Leutnant General Abdelfattah El Burhan, Leiter des Souveränen Rates und Befehlshaber des Militärs, benennt drei neue Mitglieder in den Rat: El Hadi Idris Yahya, Leiter des SLM-TC (Sudan Liberation Movement-Transitional Council); Malik Agar, Leiter des SPLM-N (Sudan People's Liberation Movement-North); El Tahir Abubakr Hajar, Leiter des SLMJ-K (Sudan Liberation Movement for Justice-Karbino).

Am **19. Februar** wird die Senegalesin Khardiata Lo N'Diaye neue stellvertretende Sonderbeauftragte von UNITAMS, sowie „UN Resident Coordinator und Humanitarian Coordinator“ für Sudan. Bevor sie zu den Vereinten Nationen ging, hatte Lo N'Diaye verschiedene Ämter der senegalesischen öffentlichen Verwaltung inne, zum Beispiel als Hauptgeschäftsführerin des Fonds für soziale Entwicklung oder im Wirtschaftsministerium. (Radio Dabanga)

Am **24. Februar** bestätigt die sudanesishe Regierung, dass sie die Antifolterkonvention und die Konvention gegen Verschwindenlassen ratifizieren will.

Im Februar kommt es in mehreren Bundesstaaten zu Protesten gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen und mangelnde Sicherheit (Nord- und West-Kordofan, Darfur, Sennar State). In mehreren Bundesstaaten verhängt die Regierung eine Ausgangssperre. In Nord-Darfur wird eine ehemalige UNAMID-Station geplündert.

### März

Der ehemalige Janjaweed-Anführer und Leiter des Revolutionary Awakening Council (RAC) Musa Hilal wird vom Souveränitätsrat der Übergangsregierung begnadigt und aus der Haft entlassen. Hilal ist für zahlreiche Gräueltaten in Darfur seit 2003 verantwortlich und wurde schließlich 2017 inhaftiert. Hilal steht aber weiter unter UN-Sanktionen, was unter anderem ein Reiseverbot beinhaltet. (Radio Dabanga)

Am **28. März** unterzeichnen Lt Gen Abdelfattah, der Vorsitzende des Souveränitätsrats der sudanesischen Übergangsregierung, und Abdelaziz El Hilu, das Oberhaupt der SPLM-N, die Declaration of Principles (DoP, Grundsatzdeklaration) in Juba. Beide Parteien einigen sich darin auf die Schaffung eines demokratischen und föderalen Sudan, in dem Religions- und Meinungsfreiheit für alle Bürger\_innen gilt unter dem Prinzip der Säkularisierung. Die Vereinbarung beinhaltet auch die Unverletzlichkeit der Menschenrechte, genauer

auch der Rechte von Frauen und Kindern. Es wird auch betont, dass die sudanesisische Regierung in bisher nicht ratifizierte internationale und afrikanische Menschenrechts-Chartas einwilligen will. ( Radio Dabanga)

### April

Anfang April kommt es zu schweren Gewaltausbrüchen zwischen Arabischen- und Massalitstämmen in Al-Geneina, West-Darfur, mit über 125 Toten und 200 Verletzten. Die Sicherheitskräfte hatten nicht eingegriffen.

Der Sudan schließt an der Grenze zu Äthiopien bei El-Gedaref wegen mehrerer Überfälle von bewaffneten Äthiopiern auf sudanesisische Sicherheitskräfte die Grenze.

### Mai

In Paris findet die **internationale Sudan-Hilfskonferenz** statt, zu der Frankreichs Präsident Emmanuel Macron geladen hatte. Dem Sudan wurde von Seiten Frankreichs ein Überbrückungskredit von 1,5 Milliarden Dollar und die Streichung der bilateralen Schulden in Höhe von rund 5 Milliarden Euro zugesagt. Abdel Fattah Burhan, der Präsident der Übergangsregierung, bedankte sich für diese historische Gelegenheit. Auch Deutschlands Außenminister Heiko Maas kündigte dem Sudan gegenüber einen Schuldenerlass an. (DW)

Am **11.Mai** werden bei einer Demonstration, die Gerechtigkeit für das Massaker vom 3.Juni 2019 in Khartoum forderte, zwei Demonstranten erschossen und weitere verletzt.

Am **24.Mai** beginnt der erste Prozess gegen einen Verurteilten (Ali Kushayb) vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC).

Anfang Juni trifft sich die Chefanklägerin des ICC Bensouda mit Vertriebenen in Darfur und fordert die Auslieferung des Angeklagten Ahmed Haroun.

### Juni

Am 3.Juni fordert Amnesty International die sudanesischen Behörden auf, die Ermittlungen zur Tötung von mindestens 100 friedlichen Demonstrant\_innen am 3.Juni 2019 zu beschleunigen. Damals wurden die Demonstrierenden, die den Übergang in eine zivile Regierung forderten, von den Rapid Support Forces (RSF), dem National Intelligence and Security Service (NISS) und der Polizei angegriffen. Noch immer fehlt ein Bericht der eingesetzten Untersuchungskommission.

Deprese Muchena, Generaldirektorin bei Amnesty International für das östliche und südliche Afrika: *„Es ist eine Verhöhnung der Gerechtigkeit, dass zwei Jahre nach diesem sinnlosen und unprovokierten Angriff auf unbewaffnete Demonstranten, der Dutzende von Menschenleben forderte, kein Untersuchungsbericht veröffentlicht wurde und niemand, der für das Blutvergießen verantwortlich war, zur Rechenschaft gezogen wurde. Stattdessen sind diejenigen, die Gerechtigkeit fordern, weiteren Angriffen ausgesetzt.“* ([Sudan: Ermittlungen zum Massaker vom Juni 2019 in Khartoum müssen beschleunigt werden – Regionalverbund Zentral-Ostafrika \(amnesty-zentral-ostafrika.de\)](#) )

Rebellengruppen, die das Friedensabkommen unterzeichnet haben, warnen vor einer mangelnden Umsetzung des Sicherheitsabkommens und fordern eine schnellere Einrichtung einer gemeinsamen Armee. RSF-Chef Hemedti lehnt das ab (Radio Dabanga).

Im gesamten Monat kommt es zu wiederholten Gewaltausbrüchen mit Plünderungen, Überfällen und Tötungen an Zivilisten in Südkordofan (Nuba Mountains) durch RSF- und PDF-Soldaten. Seit 10 Jahren erreicht die humanitäre Hilfe das erste Mal Südkordofan und Blue Nile (Radio Dabanga).

Ende Juni beschließt das sudanesisches Kabinett die Überführung von allen Verurteilten an den ICC.

Der **Todesstrafen-Bericht 2020** von Amnesty International erscheint im April. Laut Bericht wurden in dem Jahr keine Exekutionen im Sudan durchgeführt. 35 südsudanesische Kriegsgefangene wurden freigesprochen und aus dem Gefängnis entlassen. Im Juli 2020 wurde die Todesstrafe für abtrünniges Verhalten abgeschafft und das Verbot der Anwendung der Todesstrafe bei Kindern verkündet.

### Frauenrechte

Die *Women's Union of South Darfur* gibt gemeinsam mit der *Sudanese Campaign Group Our Right* eine Charta zur allgemeinen Bewusstseinsstärkung der Partizipation und Angelegenheiten der Frauen bekannt. Diese Charta sieht u.a. die Vertretung von Frauen in öffentlichen Foren vor, die Ausbildung von Frauen zu politischen Führerinnen und die Verbreitung internationaler Konventionen zu Menschenrechten und Förderung der Gleichstellung. (Radio Dabanga)

Im Juni fordern mehr als 30 Vereinigungen vertriebener Frauen aus den Kriegsgebieten in den Nuba-Bergen, der Blue-Nile-Region und Darfur mehr Gerechtigkeit und den Zugang zu Rechten, zusammen mit einer fairen Entschädigung für Ungerechtigkeiten und einer mindestens 20-prozentigen Vertretung von Frauen auf allen Ebenen der sudanesischen Regierung. Die Vereinigungen aller drei Regionen reichten ein Memorandum mit Forderungen an die Regierung ein. Die prominenteste Forderung ist die Behandlung ihrer Anliegen in Übereinstimmung mit der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates zu Frauen, Frieden und Sicherheit, die Teil der sudanesischen Verfassungserklärung ist. Andere Forderungen betreffen u.a. die Bildung, den erschwerten Zugang zu Ausweispapieren, die Kriminalisierung von Rassismus und die Rücksiedlung vertriebener Personen in ihre Heimat. (Radio Dabanga)

### Quellen:

Radio Dabanga:

[Report: Denial of freedom of LGBTQ+ artistic expression in Sudan | Radio Dabanga \(dabangasudan.org\)](#)

[Sudanese Human Rights Commission to be formed | Radio Dabanga \(dabangasudan.org\)](#)

[Sudan govt formation delayed to February | Radio Dabanga \(dabangasudan.org\)](#) , [Sudan Transitional Partners Council reviews 'political vision' | Radio Dabanga \(dabangasudan.org\)](#)

[Sudan prepares for 'negative effects' of Ethiopia filling its GERD | Radio Dabanga \(dabangasudan.org\)](#)

[\(UN appoints Deputy Special Representative, Resident, and Humanitarian Coordinator for Sudan | Radio Dabanga \(dabangasudan.org\) \)](#)

[Sudan: RSF Lt Gen 'had hand in Musa Hilal release' | Radio Dabanga \(dabangasudan.org\),](#)

[Sudan govt, SPLN-N El Hilu sign Declaration of Principles in Juba | Radio Dabanga \(dabangasudan.org\) ,](#)



[30 women's associations in Nuba Mountains, Blue Nile, and Darfur adopt positive discrimination principle | Radio Dabanga \(dabangasudan.org\)](#)

[,Politischer Neustart und "Hungerrevolution" im Sudan - Gudrun Harrer: Analysen & Kommentare - derStandard.at > Diskurs , Sudan Sovereignty Council gains three new members under El Burhan | Radio Dabanga \(dabangasudan.org\)](#)

Weitere:

[Politologe Perthes wird UN-Beauftragter für den Sudan | Aktuell Afrika | DW | 08.01.2021 \)](#)

[\(Guterres nach Kämpfen im Sudan „besorgt“ - news.ORF.at \)](#)

[Helft dem Sudan! | Aktuell Afrika | DW | 17.05.2021](#)

## SÜDSUDAN

### Entwicklungen seit Januar 2021

Januar - Februar 2021

#### **Neuer Amnesty- Bericht zum Südsudan: Überwachung durch Nationalen Sicherheitsdienst erzeugt Klima der Angst**

Der Nationale Sicherheitsdienst (NSS) des Südsudan setzt Überwachung ein, um Journalisten, Aktivisten und Kritiker zu terrorisieren, was zu einem Klima der Angst und Selbstzensur führt, so Amnesty International in einem neuen Bericht.

"These Walls Have Ears" - The Chilling Effect of Surveillance in South Sudan" präsentiert neue Beweise für die Überwachungskapazitäten der südsudanesischen Behörden und beleuchtet auch die Rolle von Telekommunikations- und Überwachungsunternehmen, die das Abhören von Telefongesprächen ohne angemessenen rechtlichen Schutz ermöglichen. Der Bericht zeigt die verheerenden Auswirkungen dieses missbräuchlichen Einsatzes auf die Zivilgesellschaft, Menschenrechtsverteidiger\_innen, Journalisten\_innen und andere Teile der Gesellschaft.

Zum kompletten Bericht geht es hier:

<https://www.amnesty.org/en/countries/africa/south-sudan/>

#### **Drohende Hungersnot gefährdet Mädchen**

Kinder und Mädchen im Teenageralter sind in Teilen des Südsudan aufgrund einer drohenden Hungersnot einem erhöhten Risiko durch Hunger, Gewalt und sexueller Ausbeutung ausgesetzt. Da Familien Schwierigkeiten haben, die Auswirkungen der Hungersnot zu bewältigen, die in den letzten Monaten aufgrund von Konflikten, Überschwemmungen und der COVID-19-Pandemie eskaliert ist, wird befürchtet,

dass insbesondere Mädchen im Teenageralter bei der Suche nach Essen, sexueller Ausbeutung ausgesetzt sind.

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/south-sudan-hunger-and-looming-famine-puts-girls-risk>

### **Berichte von Amnesty und Human Rights Watch: Regierung des Südsudan billigt Kriegsverbrechergericht**

Am 29. Januar 2021 hat der Ministerrat des Südsudan eine Entscheidung getroffen, die möglicherweise einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit für die Opfer der Gräueltaten markiert, die in dem im Dezember 2013 begonnenen Konflikt begangen wurden. Der Ministerrat genehmigte einen Plan des Ministeriums für Justiz und Verfassungsangelegenheiten für die Einrichtung des Hybridgerichts für den Südsudan (HCSS) sowie der Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Heilung (CTRH) und der Behörde für Entschädigung und Wiedergutmachung (CRA). Amnesty International fordert die südsudanesische Regierung auf, dringend konkrete Schritte zur Einrichtung aller drei Mechanismen zu unternehmen, um Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für alle Opfer sicherzustellen.

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr65/3600/2021/en/>

Dem Bericht von Human Rights Watch zufolge hat die Regierung des Südsudan nach Jahren des relativen Schweigens endlich die Zustimmung zur Einrichtung von Rechenschaftsmechanismen zur Aufarbeitung des Konflikts im Land gegeben, darunter ein Kriegsverbrechergericht in Partnerschaft mit der Afrikanischen Union (AU). Dies könnte ein wichtiger Schritt sein, um den Opfern und Überlebenden, die viel zu lange ungestraft brutale Verbrechen erlitten haben, Gerechtigkeit näher zu bringen.

<https://www.hrw.org/news/2021/01/31/glimmer-hope-south-sudans-victims>

### **Amnesty International: Das Mandat der UN-Menschenrechtskommission im Südsudan muss verlängert werden**

In einem offenen Brief bitten Nichtregierungsorganisationen, darunter Amnesty International, um Unterstützung für die vollständige Verlängerung des Mandats der UN-Menschenrechtskommission im Südsudan auf der kommenden 46. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats (22. Februar bis 23. März 2021). Als derzeit einziger Mechanismus, der Beweise für Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte sammelt und aufbewahrt, um Rechenschaft abzulegen und Fragen der Menschenrechte und der Übergangsgerechtigkeit im Südsudan aus einer ganzheitlichen Perspektive anzugehen, bleibt die CHRSS unerlässlich. <https://www.amnesty.org/en/documents/afr65/3638/2021/en/>

### **Überschwemmungen, Konflikte, Hungersnot: Einblicke in Südsudans dreifache Krise**

Nach monatelangen Kämpfen und sintflutartigen Überschwemmungen in den Regionen Pibor und Jonglei im Südsudan berichten Anwohner, ihre Kinder würden verhungern. Hinzu kommt, dass Hunderte von Menschen im Jahr 2020 in den beiden nordöstlichen Gebieten ihr Leben verloren, und für die kommenden Monate weitere Gewalt erwartet wird, da Milizen der lokalen Volksgruppen Murle, Dinka Bor und Lou Nuer sich mit einer Intensität bekämpfen, wie man sie seit Jahren nicht mehr gesehen hat. Diese neue Welle der Gewalt hat verheerende Auswirkungen: Zehntausende wurden vertrieben, eine unbekannte Zahl von Kindern wurde ihren Eltern entrissen, und zahlreiche Frauen wurden sexuell missbraucht. Die Situation ist ein

Stellvertreterkrieg um die politische Macht in Juba. Überschwemmungen, die schlimmsten seit Jahrzehnten, haben alles noch schlimmer gemacht.

<https://www.thenewhumanitarian.org/news-feature/2021/2/8/floods-fighting-famine-south-sudan-crisis>

### **Bundeswehrmandat für Südsudan wird verlängert**

Die Bundesregierung hat die Verlängerung des Bundeswehrmandats für die Stabilisierungsmission UNMISS der Vereinten Nationen in Südsudan beschlossen. Die notwendige Zustimmung des Bundestags gilt als sicher. In Südsudan sind wegen bewaffneter Auseinandersetzungen trotz eines Waffenstillstandes, politischer Instabilität, einer Wirtschaftskrise, der Heuschreckenplage in 2020, Dürren und Corona rund zwei Drittel der gut 12 Millionen Einwohner auf humanitäre Hilfe angewiesen.

<https://www.deutschland.de/de/bundeswehrmandat-fuer-suedsudan-wird-verlaengert>

### **Gewalt im Südsudan überrollt das Land, 10 Jahre nach der Unabhängigkeit**

Extreme Gewalt und Angriffe, an denen Tausende von Kämpfern gleichzeitig beteiligt sind, haben mehr als drei Viertel des Südsudans überrollt, sagten die vom UN-Menschenrechtsrat ernannten Ermittler am Freitag und warnten, dass das Blutvergießen, mit dem die Zivilbevölkerung konfrontiert ist, das schlimmste ist, das seit Beginn des Bürgerkriegs im Dezember 2013 aufgezeichnet wurde. Obwohl die Unterzeichnung des wiederbelebten Friedensabkommens vor zwei Jahren "zu einem Rückgang der Feindseligkeiten auf nationaler Ebene" geführt habe, habe das Land lokal "eine massive Eskalation der Gewalt" erlebt.

[https://www.einnews.com/pr\\_news/535656463/violence-in-south-sudan-engulfs-country-10-years-after-independence-children-all-have-guns](https://www.einnews.com/pr_news/535656463/violence-in-south-sudan-engulfs-country-10-years-after-independence-children-all-have-guns)

## **März – April 2021**

### **Neuer UN-Menschenrechtsbericht**

Neuer UN-Bericht fordert die Behörden auf, die militärischen und politischen Anführer, welche gemeindebasierte Milizen in der Großregion Jonglei unterstützen, zur Verantwortung zu ziehen, um weitere Gewalt zu verhindern. Zwischen Januar und Juni 2020 haben organisierte und schwer bewaffnete Milizen der Dinka-, Nuer- und Muerle-Gemeinschaften geplante und koordinierte Angriffe auf Dörfer in der gesamten Jonglei-Region und der Greater Pibor Administrative Area (GPAA) durchgeführt, heißt es in einem am Montag veröffentlichten gemeinsamen Bericht der UN-Mission im Südsudan (UNMISS) und des OHCHR. Die Gewalt tötete mehr als 700 Menschen über einen Zeitraum von sechs Monaten im vergangenen Jahr, sagte das UN-Menschenrechtsbüro OHCHR am Montag.

<https://news.un.org/en/story/2021/03/1087352>

### **Amnesty- Pressemitteilung: UN-Menschenrechtsrat erneuert Mandat der Menschenrechtskommission**

Amnesty International begrüßt die Entscheidung des Rates, die Kommission zu erneuern. Sie ist ein wichtiger Mechanismus im Kontext schwerwiegender vergangener und andauernder Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte sowie der nahezu vollständigen Straflosigkeit im

Südsudan. Im März 2016 richtete der Menschenrechtsrat die Kommission für Menschenrechte im Südsudan ein und beauftragte sie, Beweise für Menschenrechtsverletzungen und damit verbundene Verbrechen zu sammeln und zu bewahren. Die Kommission hat außerdem die Aufgabe, die Regierung des Südsudan bei der Einrichtung eines ganzheitlichen Programms zur Übergangsjustiz technisch zu unterstützen. Die Kommission hat Dossiers zu 111 Personen zusammengestellt, die mutmaßlich in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind und die Befehls- oder Vorgesetztenverantwortung tragen und die untersucht und strafrechtlich verfolgt werden sollten.

Amnesty fordert die Regierung des Südsudan auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche zu stoppen und die Zusammenarbeit mit der Kommission fortzusetzen, während diese ihre wichtige Arbeit fortsetzt.

### **EU sanktioniert südsudanesischen General wegen Menschenrechtsverletzungen**

Die Europäische Union hat den südsudanesischen Armeegeneral Gabriel Moses Lokujo wegen Menschenrechtsverletzungen mit Sanktionen belegt. General Moses Lokujo, der ehemalige ranghohe Militärkommandant der SPLA-IO, der im November letzten Jahres die Seiten wechselte und sich der SSPDF unter Präsident Salva Kiir anschloss, wird beschuldigt, Angriffe auf Einrichtungen der SPLA-IO verübt zu haben, bei denen vier Soldaten starben. Ihm werden auch Waffenstillstandsverletzungen und Vertreibungen von Zivilisten vorgeworfen.

<https://www.theeastafrican.co.ke/tea/news/east-africa/eu-sanctions-south-sudan-general-3335382>

### **UN-Nachrichten: Entführte Frauen im Südsudan freigelassen, aber Hunderte bleiben vermisst**

Achtundfünfzig Frauen und Kinder von mehr als 600, die letztes Jahr während der heftigen Kämpfe zwischen den Volksgruppen im Südsudan entführt wurden, sind wieder mit ihren Familien vereint worden. Die UN-Mission geht davon aus, dass während der Kämpfe zwischen Januar und August letzten Jahres bis zu 686 Frauen und Kinder entführt wurden. Tragischerweise sind diese Entführungen oft mit sexueller Gewalt verbunden.

<https://news.un.org/en/story/2021/04/1089032>

### **Korruptionsvorwürfe wecken neue Bedenken bezüglich COVID-19-Hilfe für Südsudan**

COVID-19 Korruptionsvorwürfe umfassen:

- Beamte sollen für COVID-19-Tests, die eigentlich kostenlos sein sollten, Geld verlangen
- Die Regierung soll den Import von Handdesinfektionsmitteln ausgesetzt und einem kleinen lokalen Unternehmen erlaubt haben, alleiniger Produzent zu sein, was zu einer Verknappung führte.
- Beamte wurden beschuldigt, Gebühren für Zertifikate mit negativen Ergebnissen zu verlangen, die für Boden- und Flugreisen erforderlich waren.
- Mitarbeiter von Hilfsorganisationen berichteten, dass sie Drohungen von der Regierung erhielten, weil sie Personalanfragen zurückwiesen; ein Arzt einer ausländischen Hilfsorganisation wurde aufgefordert, das Land zu verlassen.
- Millionen von Dollar flossen in die Renovierung eines Coronavirus-Krankenhauses, das aber immer noch leer steht, weil es angeblich als Einrichtung für Infektionskrankheiten ungeeignet ist.

Diese hinter den Kulissen Reportage in The New Humanitarian ist das Resultat einer achtmonatigen Untersuchung über angebliche Korruption und Geschäftemacherei von COVID-19 im Südsudan und die zunehmenden Spannungen zwischen der Regierung und internationalen Hilfsorganisationen. Die Untersuchung wurde in Zusammenarbeit mit Al Jazeera durchgeführt.

Link zur Untersuchung: <https://www.thenewhumanitarian.org/opinion/2021/4/12/how-we-broke-story-of-alleged-covid-corruption-south-sudan>

Link zum Report: [https://www.thenewhumanitarian.org/2021/4/7/corruption-claims-amid-rising-covid-19-cases-in-south-sudan?utm\\_source=The+New+Humanitarian&utm\\_campaign=e45afa6d6d-EMAIL\\_CAMPAIGN\\_2020\\_12\\_11\\_Weekly\\_COPY\\_01&utm\\_medium=email&utm\\_term=0\\_d842d98289-e45afa6d6d-75619413](https://www.thenewhumanitarian.org/2021/4/7/corruption-claims-amid-rising-covid-19-cases-in-south-sudan?utm_source=The+New+Humanitarian&utm_campaign=e45afa6d6d-EMAIL_CAMPAIGN_2020_12_11_Weekly_COPY_01&utm_medium=email&utm_term=0_d842d98289-e45afa6d6d-75619413)

Link zum Al Jazeera Report: <https://www.aljazeera.com/opinions/2021/4/13/it-is-time-to-fix-south-sudans-broken-healthcare-system>

Nachtrag zu dieser Geschichte in The New Humanitarian:

Könnte COVAX als Testfall genutzt werden, um mehr Rechenschaftspflicht für die Hilfe im Südsudan zu fordern?

<https://www.thenewhumanitarian.org/opinion/2021/4/12/could-covax-be-test-case-to-demand-aid-accountability-in-south-sudan>

### **Regierungsumbildung im Südsudan ermutigt Menschenrechtsverletzer**

Am 10. April beförderte der südsudanesische Präsident Salva Kiir in offensichtlicher Missachtung der zahlreichen Verbrechen des Nationalen Sicherheitsdienstes (NSS) einen seiner Spitzenbeamten, Akol Koor Kuc, in den Rang eines Generalleutnants. Dieser Schritt ist ein weiterer Schlag ins Gesicht der vielen Opfer der grausamen und gut dokumentierten Verbrechen des NSS, die unter Kucs Aufsicht begangen wurden.

<https://www.hrw.org/news/2021/04/14/south-sudan-government-reshuffle-emboldens-rights-abusers>

**Mai – Juni 2021**

### **UN-Sicherheitsrat drängt auf Verlängerung des UNISFA-Mandats für Sudan und Südsudan**

Unter Hinweis auf die instabile Sicherheitslage hat Jean-Pierre Lacroix, UN-Untergeneralsekretär für Friedenseinsätze, den Sicherheitsrat gebeten, eine sechsmonatige Verlängerung des Mandats der UN-Übergangstruppe für Abyei (UNISFA) in der umstrittenen Region Abyei zu erwägen. Dies bedeutet, dass die UNISFA bis zum 15. Oktober in Abyei präsent bleiben würde. Der Vorschlag wurde gemacht, um dem Sudan und dem Südsudan den Raum zu geben, zukünftige Regelungen zu diskutieren. Abyei ist das traditionelle Heimatland der Ngok Dinka, die mit dem südsudanesischen Dinka-Stamm eng verbunden sind. Hirten der Misseriya, eines nordarabischen Stammes, durchqueren Abyei und andere Nord-Süd-Grenzgebiete mit ihrem Vieh auf der Suche nach Wasser und Weideland in der Trockenzeit und zum Handel mit Waren. In der Region

gibt es viele Fälle von Viehdiebstahl, Entführungen und anderen Raubüberfällen. Es gibt keine Regierungs- oder Polizeikräfte in dem Gebiet und eine UN-Friedensmission, UNISFA, überwacht die Entmilitarisierung und die Aufrechterhaltung der Sicherheit in dem Gebiet.

<https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/un-security-council-urged-to-extend-sudan-south-sudan-unisfa-mandate>

### **Wird der Südsudan seinen berüchtigten Nationalen Sicherheitsdienst zügeln?**

Der NSS ist zu einer gefürchteten Behörde und zu einem wichtigen Instrument der Regierung geworden, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen. Eine Untersuchung von Human Rights Watch, die auf den Aussagen von 85 Personen, darunter 48 ehemalige NSS-Häftlinge, basiert, bietet einen tiefen Einblick in die Missbrauchsmuster des Sicherheitsdienstes zwischen 2014 und 2020. Inhaftierte wurden gefoltert und misshandelt, was bei vielen zu langfristigen körperlichen und psychischen Beschwerden führte.

Es kommt nicht nur häufig zu Misshandlungen im Gewahrsam des NSS, sondern den Gefangenen werden auch grundlegende Rechte auf ein ordentliches Verfahren und der Zugang zur Justiz verweigert. Die südsudanesische Regierung hat nur eine unzureichende gerichtliche oder gesetzliche Aufsicht über den NSS und hat mehrere Gelegenheiten verpasst, ihn zu reformieren.

<https://www.hrw.org/news/2021/05/06/will-south-sudan-rein-its-notorious-national-security-service>

### **UN-Sicherheitsrat darf Waffenembargo gegen den Südsudan nicht aufheben, bevor die Menschenrechtskriterien erfüllt sind**

Die Aufhebung des UN-Waffenembargos gegen den Südsudan könnte schwerwiegende Folgen für die Menschenrechte haben, warnte Amnesty International heute im Vorfeld einer Abstimmung des UN-Sicherheitsrates am 27. Mai, der über die Zukunft des Embargos entscheiden soll. Der Sicherheitsrat muss sicherstellen, dass eine Reihe von Menschenrechtskriterien erfüllt werden, bevor das Embargo aufgehoben werden kann. Dazu gehören die Beendigung von Verbrechen nach internationalem Recht, die Reform des Nationalen Sicherheitsdienstes (NSS) und die Einrichtung eines Hybrid-Gerichtes, um die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten. Das Votum des Sicherheitsrats kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die südsudanesische Regierung weiterhin versagt, Zivilisten vor Tötung, Vertreibung und Vergewaltigung durch bewaffnete Gruppen und Milizen zu schützen.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/05/un-security-council-must-not-lift-south-sudan-arms-embargo-until-human-rights-benchmarks-are-met/>

### **Die südsudanesische Führung muss den Opfern von Gräueltaten Gerechtigkeit verschaffen**

Mit jedem Jahr werden Menschenrechtsverletzungen weiterhin nicht geahndet und bleiben unerklärt. Jetzt, mehr als sechs Jahre nach dem jüngsten Konflikt im Südsudan, wird sich die Geschichte wiederholen, wenn nicht dringend gehandelt und Verantwortung übernommen wird. Die südsudanesische Führung muss den Kreislauf der Gewalt durchbrechen, indem sie den Opfern Gerechtigkeit, Wahrheit, Wiedergutmachung und Garantien für die Nichtwiederholung bietet.

<https://mg.co.za/opinion/2021-05-20-south-sudanese-leaders-must-bring-justice-for-victims-of-atrocities/>

### **Südsudans Präsident kündigt neues Parlament an**

Der südsudanesische Präsident Salva Kiir kündigte am Montag ein neues Parlament an, in dem auch Abgeordnete der gegnerischen Seiten des Bürgerkriegs im Rahmen eines Friedensabkommens von 2018 vertreten sind, berichtete das staatliche Fernsehen.

<https://www.globaltimes.cn/page/202105/1223181.shtml>

### **UN-Sicherheitsrat verlängert Waffenembargo gegen den Südsudan**

Am 27. Mai verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Waffenembargo gegen den Südsudan und legte fünf Maßstäbe fest, anhand derer künftige Entscheidungen über die Verlängerung, Beendigung oder Änderung des Embargos getroffen werden sollen.

Die Entscheidung des UN-Sicherheitsrats, das Waffenembargo gegen den Südsudan bis zum 31. Mai 2022 zu verlängern, ist eine willkommene Nachricht für Millionen von Menschen, die seit Jahren unter konfliktbedingten Menschenrechtsverletzungen zu leiden haben.

### **Verstöße gegen das Waffenembargo sind ein Risiko für die Sicherheit, doch die Einhaltung des Embargos wird nicht als Maßstab herangezogen**

Die Verabschiedung von begrenzten Maßstäben durch den Sicherheitsrat - stark abgeschwächte Versionen von nur einigen der [vom Generalsekretär der Vereinten Nationen im März vorgeschlagenen](#) - schafft die Voraussetzungen für eine Wiederholung vergangener Menschenrechtsverletzungen und -missbräuche und droht die Errungenschaften des hart erkämpften dreijährigen Waffenembargos zu untergraben.

Während des gesamten nicht-internationalen bewaffneten Konflikts im Südsudan wurden Waffen eingesetzt, um Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch im Südsudan zu begehen. Es ist daher enttäuschend, dass der Rat die Einhaltung des Embargos und damit ein Ende der Verstöße gegen das Waffenembargo nicht als Vorgabe aufgenommen hat.

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr65/4291/2021/en/>

### **Todesstrafe im Südsudan**

Außer Südsudan haben nur Botsuana und Somalia südlich der Sahara im letzten Jahr Todesurteile vollstreckt.

